

Fragen für die Kreistagssitzung am 22.Mai 2017

Die Fraktion DIE LINKE. stellte in der letzten Kreistagssitzung öffentlich Fragen zur Situation der MVZ's und einer im Kreistag zur Beschlussfassung anstehenden Ausfallbürgschaft in Höhe von 2,5 Mio. €. Diese Fragen wurden bis heute nicht beantwortet. Wir weisen darauf hin, dass die Fragestellung zum Termin des H+F Ausschusses am 13. März nicht möglich war, da sich die Kreistagsfraktion DIE LINKE. erst am 15. März zur Sitzung traf.

Wir fragen erneut: In welchem Arbeitsverhältnis sind die Ärzte der Kreis – MVZ's in Ober Ramstadt, Seeheim-Jugenheim und Groß-Umstadt beschäftigt? Sind sie Angestellte des Landkreises bzw. der MVZ GmbH oder fungieren sie wie niedergelassene Ärzte – nur mit dem Unterschied, dass man sich die Räumlichkeiten und deren Ausstattung durch die öffentliche Hand finanzieren lässt? Bitte bei der Beantwortung der Frage die Art der Beschäftigungsverhältnisse zu den 3 Standorten einzeln benennen.

Wie erklärt die Kreisverwaltung den Anstieg der „Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen von ehemals 225.000 € auf heute 2,5 Mio. €?

In der Beschlussvorlage hierzu verwies Landrat Schellhaas auf die „Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen durch die stark verzögerten Zahlungen der Kassenärztlichen Vereinigung“ (KV).

Die Kassenärztliche Vereinigung leistet pro Quartal Abschlagszahlungen an Ärzte. Die Endabrechnung, die in ihrer

Höhe überschaubar bleibt, erfolgt in der Regel 2 bis 3 Quartale später.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht plausibel, wenn Herr Schellhaas Liquiditätsengpässe durch verspätete Zahlungen der KV als Grund benennt.

Das inzwischen von der KV Hessen an die Fraktionen des Kreistages versandte Schreiben untermauert diesen Verdacht.

Wozu werden diese oben genannten Bürgschaften in Millionenhöhe folglich benötigt?

Sind die Geldbewegungen zwischen den Kreiskliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg und der MVZ GmbH fließend?

Welche rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen bestehen zwischen den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg und der MVZ GmbH? Bitte diese Frage einzeln nach rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten beantworten. Ist die rechtliche Grundlage gegeben, ohne Zustimmung des Kreisparlamentes Gelder der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg in die MVZ GmbH zu transferieren? Sollte dieses Procedere stattgefunden haben, welche Personen waren über diese Vorgänge informiert bzw. haben sie veranlasst?

Wir bitten um Beantwortung o.g. Fragen

Fraktion DIE LINKE. Darmstadt-Dieburg